

Unbefristeter Hungerstreik seit dem 25. August im Iran

Erneut Todesstrafe gegen hungerstreikendes PJAK-Mitglied

Erneut ist ein kurdischer politischer Gefangener im Iran zu Tode verurteilt worden. Damit ist die Anzahl der kurdischen Todeskandidaten im Iran den ANF vorliegenden Informationen zufolge auf zehn gestiegen. Rustem Erkiya, der wegen Mitgliedschaft in der PJAK verurteilt wurde, ist einer von Dutzenden politischen Gefangenen, die seit dem 25. August 2008 einen Hungerstreik gegen die Todesstrafe und die Haftbedingungen durchführen.

Seit 40 Tagen Hungerstreik im Iran

Seit 40 Tagen befinden sich PAJK- und PKK-Gefangene im Iran im unbefristeten Hungerstreik für die Aufhebung der Todesstrafe und ein Ende der Repression und Folter in den Haftanstalten. Es ist bekannt, dass insbesondere nach 30 Tagen Hungerstreik bleibende Schäden im menschlichen Körper entstehen, die auch nach einer möglichen Beendigung des Streiks nicht zu heilen sind. Aus den wenigen Erklärungen der Aktivisten, die aus den irani-

schen Kerkern an die Öffentlichkeit gelangen, geht hervor, dass sie entschlossen sind, aufgrund der unhaltbaren Bedingungen notfalls zu sterben, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Die Situation erinnert an das Geschehen im Gefängnis von Diyarbakir nach dem Militärputsch von 1980 in der Türkei, wo ein Todesfasten für die Gefangenen die einzige Möglichkeit war, ihre Würde zu wahren.

Unterdessen laufen die Aktionen zur Solidarität mit den Hungerstreikenden weiter. In der Türkei wurde ein Gefangener, der sich an einem zweitägigen Solidaritätshungerstreik beteiligt hatte, zu einer Disziplinarstrafe verurteilt. In Madrid und Paris fanden erneut Kundgebungen statt, auch in Hamburg ist für kommenden Samstag eine weitere Kundgebung geplant.

Solidaritätsaktionen zum Hungerstreik im Iran
Die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)

hat alle Vereine dazu aufgerufen, sich aktiv an den Solidaritätsaktionen für die hungerstreikenden Gefangenen der PJAK zu beteiligen. In den kommenden Tagen werden in acht verschiedenen Städten Aktivitäten für die Hungerstreikenden stattfinden.

Berlin: 5.10., 13 Uhr, Wittenbergplatz, Demonstration (organisiert von PYD)

Köln: 3.-5.10., tagsüber Ebertplatz, nachts im Verein Mala Kurda: Dreitägiger Hungerstreik
Essen: 1.10., Willy-Brand-Platz, Kundgebung mit Infotisch
Düsseldorf: 2.10., 15 Uhr, Shadow-Platz, Kundgebung mit Infotisch

Duisburg: 2.10., 13 Uhr, Königin-Platz, Kundgebung mit Infotisch
Dortmund: 1.10., 16 Uhr, Reinoldikirche, Infotisch, 4.10., 13 Uhr, Hauptbahnhof, Kundgebung
Bielefeld: 2.10., 15 Uhr, Bahnhofstraße, Infotisch

Hamburg: 4.10., 15 Uhr, Mönckebergstr., Gerhard-Hauptmann Platz, Kundgebung
(ÖP, ANF, 27./28.9. 1.10, ISKU)

Luftangriffe auf Südkurdistan

Erneut sind die Meder-Verteidigungsgebiete in Südkurdistan von der türkischen Luftwaffe bombardiert worden. Getroffen wurden bei dem zweistündigen Angriff mit ca. 15 Kampfbombern am 25. September gegen 22 Uhr in der Kandil-Region vor allem zivile Siedlungen. Der türkische Generalstab behauptet, es sei darauf geachtet worden, Zivilisten keiner Gefahr auszusetzen. Das Gegenteil belegen Fotos der getroffenen Ortschaften, die von der Nachrichtenagentur ANF veröffentlicht wurden.

<http://www.firatnews.nu/gallery/id3517/>

PJAK und PKK erklärten nach dem Angriff, bei dem ein Guerillakämpfer ums Leben kam, diese von den USA unterstützte Aktion sei voraussehbar gewesen. Mindestens acht Siedlungen wurden getroffen, dabei sei es zu Verletzten gekommen. Weiterhin wurden Nutztiere getötet und es entstand Sachschaden. Eigentliches Ziel seien das PJAK-

Hauptquartier sowie zwei Kontrollpunkte gewesen, erklärte die PJAK. Die Guerilla habe aus Flugabwehrstellungen Widerstand geleistet, eine große Anzahl von



Zivilisten habe aus den betroffenen Dörfern flüchten müssen.

Nach der Bombardierung wurden in dem betroffenen Gebiet Bomben und Raketen aufgefunden, die nicht explodiert waren. Die türkische Luftwaffe unternimmt

weiterhin Aufklärungsflüge in der Region.

Der türkische Staatspräsident Gül erklärte anlässlich eines Empfangs in Ankara, bei dem Luftangriff habe es sich um eine „Punktoperation“ gehandelt, durch die „niemand“ gestört worden sei. Es gebe wohl kaum eine Armee oder ein Land, das „im Antiterrorkampf soviel Sorgfalt auf den Schutz von Zivilisten“ lege.

Das Innenministerium der Region Kurdistan begnügte sich mit einer schriftlichen Erklärung, in der die Bombardierung verurteilt wurde. In der Bevölkerung herrsche Angst, die Regierung des Irak sowie die internationalen Kräfte seien aufgefordert, ebenfalls gegen diese Form von Angriffen zu protestieren, mit denen die territoriale Integrität des Irak und der Region Kurdistan verletzt werde.

(ANF, ÖP; 27./28.9., ISKU)

Meldungen

Disziplinarstrafe gegen Öcalan
Abdullah Öcalan ist mit einer weiteren Disziplinarstrafe belegt worden. Die diesmal für zehn Tage vorgesehene Maßnahme bedeutet eine Isolation innerhalb der Isolationshaft. Bereits neun Mal wurde gegen Abdullah Öcalan eine Disziplinarsprache ausgesprochen. Ihm wird zur Last gelegt, aus dem Gefängnis heraus Befehle an die PKK über seine Anwälte weiterzuleiten. Nahezu jedes Verteidigergespräch, in dem Öcalan seine Meinung zum aktuellen politischen Geschehen hervorbringt, wird als Anlass für eine solche Strafe herangezogen.
(ÖP, 27.9., ISKU)

Prozess gegen 43 Personen wegen „Herrn Öcalan“

In Adana wurde ein Strafverfahren gegen 43 Personen eingeleitet, die sich im Rahmen der „Geehrter Herr Öcalan“-Kampagne selbst angezeigt hatten. Ihnen wird das „Preisen einer Straftat oder eines Straftäters“ zur Last gelegt. Die Angeklagten hatten im Juni 2008 entsprechende Selbstanzeigen bei der Staatsanwaltschaft gestellt und waren vorübergehend festgenommen worden. Im Rahmen der Kampagne waren im weiteren Verlauf Tausende Selbstanzeigen postalisch an die Staatsanwaltschaft geschickt worden.
(ANF, 28.9., ISKU)

Friedensrat gegen grenzüberschreitende Militäroperationen

In mehreren Städten in der Türkei hat der Friedensrat Türkei mit Kundgebungen und Briefen die Abgeordneten des Parlaments dazu aufgefordert, gegen eine Verlängerung der Genehmigung für grenzüberschreitende Militäroperationen zu stimmen. Die Genehmigung war am vergangenen 10. für ein Jahr vom Parlament ausgesprochen worden. Die Zustimmung des Ministerrats liegt bereits vor; aufgrund der Zusammensetzung des Parlaments gilt die Verlängerung aber schon als beschlossen.
(ÖP, 29.9., ISKU)

35 Zeitungsverbote in zwei Jahren in der Türkei

In der Türkei ist mit zwei weiteren Gerichtsbeschlüssen aus der vergangenen Woche die Anzahl der Erscheinungsverbote gegen Zeitungen, die der kurdischen Bewegung nahe stehen, auf 35 gestiegen. So wurde nach einem einmonatigen Erscheinungsverbot für die Zeitung „Alternatif“ das gleiche für die „Gelecek“ („Zukunft“) ausgesprochen. In

Waffenstillstand der PKK zu Ramadan

Wir dokumentieren den Aufruf des Präsidiums des Exekutivrats der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) und des Präsidiums des KONGRA-GEL (Volkskongress Kurdistan) zum Waffenstillstand während der Ramadan-Festtage

Der türkische Staat und die AKP Regierung sind dazu bestrebt, statt der demokratischen Lösung der kurdischen Frage ihre Vernichtungs- und Verleugnungspolitik auf eine neue Ebene zu tragen. Gegenüber den Anstrengungen und Aufrufen unsers Vorsitzenden, unserer Bewegung und unseres Volkes für eine demokratische Lösung hat es bis zum heutigen Tag keinerlei ernste und konsequente Reaktion gegeben. Auf dem letzten Staatsgipfel wurde die kurdische Frage nicht als ein Problem der Sprache, der Kultur, der Bildung eines Volkes, nicht als ein politisches und nationales Problem der Bevölkerung deklariert, sondern zum Terror- und Wirtschaftsproblem degradiert. Die Beschlüsse bezüglich der Zerstörung unserer Freiheitsbewegung im Sinne dieser Definition zeigen erneut, dass die offizielle Staatspolitik der Türkei weiterhin aus Verleugnung und Vernichtung bestehen wird. Vor allem die letzte Ansprache des Generalstabschef, in der er von einem totalen Krieg spricht, verdeutlicht eine Situation, die auf gefährliche Weise die Ausweglosigkeit vertieft wird und aus diesem Grund genauestens beobachtet werden muss.

Unser Volk, unsere Bewegung und unsere Volksverteidigungskräfte müssen sich auf jegliche möglichen Entwicklungen gefasst machen, sich auf beste Weise gegen mögliche Angriffe verteidigen und die Unvermeidlichkeit des Wegs der demokratischen Lösung erneut vor Augen führen. In diesem Kontext ist diese neue Phase Anwärter für eine historische Phase, in der sehr wichtige und große Entwicklungen stattfinden können. Unser gesamtes Volk und all unsere Kräfte müssen sich dementsprechend vorbereiten.

Die Tatsache, dass die Militäroperationen auch während des für die islamische Welt heiligen Fastenmonats Ramadan fortgesetzt werden, dass das Mandat für grenzüberschreitende Operationen für ein weiteres Jahr verlängert werden soll zeigt, dass geplant wird, die Zahl der Operationen gegen die Guerilla-Einheiten zu erhöhen. Es liegt auf der Hand, dass die Umsetzung solch einer Politik zu noch mehr bewaffneten Auseinandersetzungen, noch mehr Toten und noch mehr Blutvergießen mit sich bringen wird. Jeder Verlust eines Menschenleben heißt aus Sicht unserer Gesellschaft großes Leid und Tränen. Die seit Jahren wiederholten und aus Sicht der Lösung des Problems keinerlei Ergebnis liefernden militärischen und psychologischen Operationen werden außer den nationalen und internationalen Mächten, die von dieser Atmosphäre des Kriegs und der Konflikte profitieren, niemanden einen Nutzen bringen.

Diese Gesamtsituation vor Augen haltend möchten wir in diesen Tagen vor dem Ramadan-Fest entgegen der Politik des Blutvergießens derjenigen, die am meisten von den Prinzipien des Islam sprechen, als Beitrag zum Kampf unseres Volks um Freiheit, Demokratie und Frieden und als Botschaft des guten Willens an einige Kreise erklären, dass wir während dem Ramadan-Fest höchste Achtung darauf geben werden, dass kein Blut vergossen wird und kein Schmerz in das Herz einer Mutter fällt. Damit wenigstens während diesem Fest, das aus Sicht des kurdischen und des türkischen Volks gleichermaßen heilig ist, zu keinen bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, werden wir besondere Anstrengungen unternehmen.

In diesem Zusammenhang rufen wir das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte (HPG) sowie alle Volksverteidigungskräfte dazu auf, während der Festtage keinerlei bewaffneten Aktionen durchzuführen und auf unsere Forderung positiv zu

antworten. Wir sind der Meinung, das solch eine Haltung angebracht und richtig ist. Wir sind uns darüber bewusst, dass hierzu eine große Opferbereitschaft notwendig ist. Da wir jedoch zugleich auch denken, dass dies die beste Botschaft zum Ramadan-Fest für das türkische und das kurdische Volk sein wird, sollte diese Opferbereitschaft auch an den Tag gelegt werden. **Wir rufen vor allem die AKP-Regierung, die am meisten von den Werten des Islam redet, und die türkische Armee dazu auf, wenigstens in dem von uns genannten Zeitraum die Militäroperationen zu stoppen. Egal, wie auf unseren Aufruf geantwortet werden soll; als Bewegung glauben wir daran, dass HPG unserem Aufruf folgen wird und unterstreichen erneut, dass wir als Freiheitsbewegung Kurdistans auf einer demokratischen Lösung im Sinne der Völkerverständigung sowie gleicher und freier Einheit beharren werden.**

Wir werden bis zum Schluss gegen Auffassungen, die entgegen Geschwisterlichkeit auf Sklaventum und entgegen Frieden auf Gewalt beharren, Widerstand leisten und mit der Entschlossenheit des Sieges des Freiheitskampfes jegliche Vorbereitungen treffen, um dieser neuen Phase kraftvoll entgegenzukommen. Jeder soll sich darüber bewusst sein, dass die Entschlossenheit des 10. Kongress der PKK diese neue Phase bestimmen wird. In diesem Sinne möchten wir noch einmal unterstreichen, dass jegliche Kräfte, die für eine demokratische Lösung und Frieden sind, ihren Aufgaben gerecht werden müssen, damit auf diese positiven Botschaften von uns entsprechenden Reaktionen folgen können. In diesem Rahmen wünschen wir der gesamten islamischen Welt, vor allem dem kurdischen Volk ein frohes Ramadan-Fest und hoffen, dass es zum Anlass für Frieden, Geschwisterlichkeit und Behagen wird.

*Präsidium des Exekutivrats der KCK
Präsidium des KONGRA-GEL*

der Urteilsbegründung wird ausgeführt, auf der Titelseite der seit Ende Mai bestehenden „Gelecek“ habe sich ein Foto von Abdullah Öcalan befunden und dieser sei als „Führer des kurdischen Volkes“ bezeichnet worden. Die „Alternativ“ war wegen einer Reportage mit Murat Karayılan (KCK) sowie Aufzeichnungen der Verteidigergespräche mit Abdullah Öcalan verboten worden. Der Menschenrechtsverein IHD verurteilte im Rahmen einer Pressekonferenz in Istanbul die Erscheinungsverbote. Auch in Adana und Mersin protestierten zivilgesellschaftliche Organisationen gegen die Pressezensur.

(ÖP, 29.9., ISKU)

**KURDISCHE BEWEGUNG
Kämpfe. Ziele. Perspektiven**
Samstag 4.10. 12-18h (Seminar)
Kemalismus und Entstehung der kurdischen Frage Referent: Demir Küçükaydin / Hamburg (Schriftsteller und Journalist)
Geschichte des kurdischen Freiheitskampfes Referent: Nick Brauns, Berlin (Historiker, Autor und Journalist)
Demokratische Republik und Demokratischer Konföderalismus Referent: Reimar Heider, Köln (Publizist, Mitarbeiter „Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“)

Sonntag 5.10. 17-20h (Podiumsdiskussion)

„Lösungsperspektiven zur kurdischen Frage“ mit: **Murat Cakir**, Berlin (Europäischer Friedensrat Türkei)
Brigitte Kiechle, Karlsruhe (Rechtsanwältin und Publizistin, mit N. Brauns Autorin des Buches: „Edi bese! Kurdistan - Schachbrett der internationalen Politik“ 2008)
Songül Karabulut, Düsseldorf (Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden)

Moderation Nick Brauns (Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin)
Veranstalter: Kurdistan-Solidaritätskomitee Berlin
Im Stathaus Böcklerpark, Prinzenstr.1, 10969 Berlin

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
ÖP	Özgür Politika
DP	Die Presse

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Schanzenstraße 117 20357 Hamburg**
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.
Spenden auf unser Konto:
Postbank Köln, BLZ 37010050
Konto-Nr.: 3968-506
Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

Steiniger Weg zum Atomstaat

Unverdrossen hält die Regierung Erdogan an ihrem ehrgeizigen Atomprogramm fest. Doch eine erhebliche Verzögerung bei der Auftragserteilung für das erste kommerzielle AKW der Türkei in Akkuyu an der türkischen Südküste bei Mersin scheint mittlerweile nahezu sicher.

Vor der Entgegennahme der Angebote vor einer Woche hatten fünf Bieterkonsortien die Regierung gebeten, das Ende der Ausschreibungsfrist um mindestens sechs Monate zu verschieben. Angesichts der Turbulenzen im Bankensektor hatten die Firmen Schwierigkeiten, die Kreditkosten für den auf fünf bis sechs Milliarden Dollar

geschätzten Bau des Kernkraftwerks abzuschätzen.

Die Regierung aber blieb stur, was zur Folge hat, dass im Moment nur die AKW-Gegner jubeln. Hingegen gab es bei der für die Ausschreibung zuständigen halbstaatlichen Firma Tetas keinen Grund zum Jubel. Fünf Briefe enthielten eine Absage, nur ein Brief ein Angebot. Das einzige Angebot kam von der russischen „Atomstroyexport“. Das russische Angebot wird noch geprüft. Doch wird allgemein mit einer neuen Ausschreibung gerechnet.

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben inzwischen noch zugenommen, und es ist ungewiss, wann ein günstigerer Zeitpunkt für

eine neue Ausschreibung wäre. Dabei ist Akkuyu nur eines von drei bereits fix geplanten AKW. Weitere sollen folgen. Bis 2020 sollen acht Prozent der türkischen Stromproduktion aus AKW kommen, bis 2030 sogar 20 Prozent.

Der Stromverbrauch in der Türkei ist in den letzten Jahren jährlich um rund zehn Prozent gestiegen. Das letzte große Wasserkraftwerk der Türkei, das noch in Planung ist – der umstrittene Ilisu-Damm an Tigris –, könnte gerade anderthalb Prozent des gegenwärtigen Stromverbrauches decken. Einziger Ausweg ist derzeit der Import von immer mehr teurem Erdgas, vor allem aus Russland.

(DP, 1.10., ISKU)